



# **MITWIRKUNG DER LOKALEN BEVÖLKERUNG IN DER WASSERPOLITIK ZUR VERBESSERUNG DER ÖKOLOGIE VON GEWÄSSERN**

## **Am Beispiel von Bürger\*innenbeteiligung am Hochrhein, Baden-Württemberg**

# Öffentlichkeitsbeteiligung in der Wasserpolitik – rechtliche Grundlage und aktueller Stand

## DIE WASSERRAHMENRICHTLINIE UND IHRE UMSETZUNG

Seit bereits fast 25 Jahren setzt die EU-Wasserrahmenrichtlinie den rechtlichen Rahmen für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität und -menge von Oberflächengewässern, also Bäche, Flüsse, Seen, Küstengewässer sowie Grundwasser. Die größten Bedrohungen sind ihre Verschmutzung, Übernutzung und bauliche Maßnahmen. Sie führen zu einer verminderten Vielfaltigkeit und Vernetzung von Lebensräumen und haben damit negative Auswirkungen auf u.a. Zahl und Vielfalt von Pflanzen und Tieren. Zudem verhindern sie, dass Wasser in der Landschaft gehalten wird und demnach eine bessere Anpassung an den Klimawandel. Zum Schutz und nachhaltigen Gebrauch sollen Gewässer also nicht nur überwacht, sondern auch wiederhergestellt werden. Nur so können sie und ihre Überschwemmungsgebiete ihre für uns und zukünftige Generationen essentiellen ökologischen Funktionen haben: wie der offensichtlichen Verfügbarkeit von Trink- und Nutzwasser aber auch ihre Speicherfunktion (Hochwasser-, Dürreschutz und CO<sub>2</sub>-Senke), Rolle als Temperaturpuffer (Klimaschutz) und Raum für Artenvielfalt. Konkret schreibt die Wasserrahmenrichtlinie vor, dass der gute Zustand hergestellt und beibehalten werden soll: dies betrifft den chemischen und ökologischen Zustand oder, im Fall von erheblich veränderten und künstlichen Gewässern das „gute ökologische Potential“ (Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000; BMUV/UBA, 2022).

Alle europäischen Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, mussten die genannten Ziele bis 2015 erreichen. Da dies jedoch nicht geschah, wurde eine Verlängerung bis 2027 gestattet (Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000; Bundesamt für Justiz, 2009). Diese Frist wird jedoch ebenso wenig eingehalten werden können. Zwischenbilanzen zeigten, dass bis zum Bericht 2018 mehr als zwei Drittel der Oberflächengewässer nicht revitalisiert wurden und die Maßnahmen zum 3. Bewirtschaftungszeitraum keine Beschleunigung der Wiederherstellung der Gewässer aufzeigen (UBA, 2018, S. 122 ff.; LAWA, 2018; BMUB/UBA, 2016; BMUV/UBA, 2022).

Da die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in deutsches Recht umgesetzt wurde, ist der Staat und damit die jeweilige für ein Gewässer zuständige Bundes- oder Landesbehörde dazu verpflichtet Maßnahmen zu dessen Schutz und Wiederherstellung zu planen und ergreifen (BMUV, Stand: 01.03.2011). Die einzelnen Maßnahmen sind Teil eines größeren sechs-Jahres-Plans für das jeweilige Gewässer und seiner Zuläufe und Abflüsse, genannt Bewirtschaftungsplan, der bereits zwei Mal erneuert wurde (1. BWP: 2009-2015, 2. BWP: 2015-2021, 3. BWP: 2021-2027). Neben der Umsetzung der Pläne und Maßnahmen

müssen deren Auswirkungen im Rahmen eines Monitorings überprüft und überwacht werden. Da die Bedingungen, ökologische aber auch regional-ökonomische und soziale, in den Gewässereinzugsgebieten sehr unterschiedlich sind, ist eine individuelle Anpassung der Maßnahmen von Nöten. Auch deswegen sind Entscheidungen bezüglich Maßnahmen möglichst kleinräumig zu treffen – nah an der Realität und so lokal wie möglich.

## **PARTIZIPATIONSLEITLINIEN: WARUM BETEILIGUNG UND WIE?**

Besonders ist bei der Umsetzung der WRRL die Verpflichtung der Behörden einer Beteiligung der betroffenen Akteure: sprich Anwohner\*innen, private und betriebliche Verbraucher\*innen, Zuständige für Wasserqualität (Abwasseranlagen), staatliche und unabhängige Kontrollorgane (wie z.B. Forschung), private und betriebliche Nutzer\*innen wie Angler, Sportler, Fischer oder Tourismusanbieter. Sie sollten, möglichst früh, in der Planung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmen gehört und darin einbezogen werden um mögliche Bedenken, Einwände und Vorschläge einbringen zu können (BMUV, Stand: 01.03.2011; Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000). Dies soll, trotz höheren organisatorischen Aufwands in der Planung

„nicht nur das öffentliche Bewusstsein für Umweltfragen und für den Zustand der Gewässer [fördern]. Auch die Qualität der Maßnahmenplanung verbessert sich, wenn Vor-Ort-Kenntnisse und Erfahrungen lokaler Interessengruppen aufgenommen werden. Eine aktive Beteiligung ist darüber hinaus eine gute Grundlage, langfristige und von allen Beteiligten akzeptierte Lösungen in der Bewirtschaftung zu erzielen. Dadurch lassen sich auch potenzielle Konflikte frühzeitig erkennen und unnötige Kosten vermeiden.“ (BMUV/UBA, 2022)

Letztendlich wird dadurch nicht nur zum Thema Wasser, sondern allgemein politische Bildung und demokratische Beteiligung gefördert.

Die Vorgabe der WRRL ist die „aktive“ Öffentlichkeitsbeteiligung und wird genauer als Publikation und Bereitstellung der Pläne und Programme zur schriftlichen Kommentierung innerhalb von sechs Monaten beschrieben. Auch Hintergrundinformationen zu den Plänen sollen zugänglich gemacht werden (Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000, S. Art. 14). Im Sinne der WRRL Art. 14, ist für die „aktive Beteiligung aller interessierten Stellen“ (d.h. Betroffene) sowie „Beteiligung der breiten Öffentlichkeit“ (Präambel 46; S. L327/5) jedoch mehr verlangt, als die Veröffentlichung von Dokumenten auf einer Behördenwebseite: Denn das übergeordnete Ziel – das Erreichen der Umweltziele – hängt nach WRRL „von einer engen Zusammenarbeit und kohärenten Maßnahmen auf gemeinschaftlicher, einzelstaatlicher und lokaler Ebene ab. Genauso wichtig sind jedoch Information, Konsultation und Einbeziehung der Öffentlichkeit, einschließlich der Nutzer.“ (Präambel 14; L327/2) (Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000). Diesen Geist der WRRL spiegeln auch die EU-weite „Gemeinsame Umsetzungsstrategie für die Wasserrahmenrichtlinie. Leitfaden zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Zusammenhang

mit der Wasserrahmenrichtlinie“ der Europäischen Kommission (kurz: CIS<sup>1</sup>) und LAWA-Empfehlungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung<sup>2</sup> wieder (Working Group 2.9 Public Participation, 2003; LAWA, 2013).

„Aktive Beteiligung bedeutet hingegen, dass die Interessengruppen aktiv am Planungsprozess teilnehmen, indem sie Probleme diskutieren und zu deren Lösung beitragen. Entscheidend für die aktive Beteiligung ist, dass die Teilnehmer\*innen den Prozess beeinflussen können.“ (aus dem Englischen übersetzt mit Deepl.com; CIS-Leitfaden Nr. 8 zur Öffentlichkeitsbeteiligung der Europäischen Kommission, 2003, S. 10)

Nach Vorgabe der WRRL (s.o. Präambel 14) gliedern der EU-CIS-Leitfaden sowie die bundesweite LAWA-Empfehlung die Öffentlichkeitsbeteiligung in drei Beteiligungsstufen, wovon Stufe 1. und 2. umgesetzt werden müssen und die 3. gefördert werden sollte:

1. **Information:** Veröffentlichung und Bereitstellung in geeigneten Medien
2. **Anhörung** (nach CIS, engl. Consultation): Möglichkeit zur Abgabe von Kommentaren oder Stellungnahmen, die angemessen berücksichtigt werden
3. **Beteiligung** (nach CIS, engl. Participation): Einbeziehung und Mitarbeit, sowie Koordination zwischen interessierten Parteien (LAWA, 2013, S. iv, 30, 31).

Die Vorzüge der Anhörung und Beteiligung der Öffentlichkeit – Betroffene und Interessierte – sind neben den oben genannten, dass auch Informationen an die Behörden zurückfließen: ggf. können Expert\*innen und Anwohner\*innen wertvolle und sonst unerreichbare Informationen, Wissen und Erfahrungswerte über ein Gewässer weitergeben und auch neue Ideen zu einer Planung beitragen und so zum Erfolg einer Maßnahme bedeutend beitragen. Auch nicht-gewässerfachliche Informationen, sondern auch Meinungen und verschiedene Perspektiven zu der Bewirtschaftung eines Gewässers geben Auskunft darüber ob Nutzungskonflikte bereits bestehen und so die geplanten Maßnahmen erfolgsversprechend sein können – und dementsprechend ggf. angepasst werden sollten (Working Group 2.9 Public Participation, 2003, S. 12). Die Förderung von aktiver Beteiligung, wie in Stufe 3 oben beschrieben, sollte laut EU-CIS Leitfaden eine Kernanforderung sein. Eine noch höhere Form der Beteiligung, und zwar die gemeinsame Entscheidungsfindung und sogar Selbstbestimmung sind in der WRRL nicht gefordert, gelten aber als Best-Practice-Beispiel (Working Group 2.9 Public Participation, 2003, S. 13). Jedoch müssen auch die Grenzen der Beteiligung klar sein und kommuniziert werden um Frustration im Prozess zu vermeiden, denn: Verantwortlich zur Umsetzung der WRRL und Öffentlichkeitsbeteiligung ist und bleibt der Staat und seine Institutionen (Working Group 2.9 Public Participation, 2003, S. 19, 26).

---

<sup>1</sup> Originaltitel auf Englisch: Common Implementation Strategy for the Water Framework Directive (2000/60/EC). Guidance document n.° 8. Public Participation in relation to the Water Framework Directive.

<sup>2</sup> Originaltitel: Empfehlungen zur koordinierten Anwendung der EG-HWRM-RL und EG-WRRL - Potenzielle Synergien bei Maßnahmen, Datenmanagement und Öffentlichkeitsbeteiligung der (LAWA), Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

Die Auslegung und folglich Umsetzung von „aktiver Beteiligung“ erfolgt jedoch von den zuständigen Behörden sehr unterschiedlich. Trotz der rechtlichen Vorgaben zur Beteiligung, und die vielen daraus entstehenden Vorteile, werden diese meist vernachlässigt.

So stellte der BUND im Rahmen seiner Beteiligung als gemeinnütziger Umwelt- und Naturschutzverein zu der Anhörung gemäß Art. 14 WRRL zu den wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen für 2021 bis 2027 fest, dass es bundesweit leider mehr schlechte als gute Beispiele zur Anhörung und aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft gibt: Entweder wegen *de facto* Hindernissen zur Beteiligung, wie eine erschwerte Zugänglichkeit zu Informationen (wie z.B., dass die Dokumente auf Webseiten und Portalen sind, die allgemein unbekannt oder intransparent und unübersichtlich sind oder dass deren Veröffentlichung für die lokale Bevölkerung nicht in den vielgenutzten Medien, wie Tageszeitung oder Radio, bekannt gemacht wird) oder schlechte Ausführung (wie z.B. nicht partizipative Ausführung von Informationsveranstaltungen oder nicht nachvollziehbare Stellungnahme zu Einwänden und Anregungen aus der Bevölkerung) (siehe Punkt 1 der BUND Stellungnahme<sup>3</sup>). Punktuell gab es jedoch auch neue Herangehensweisen von Behörden an die Beteiligung von Anwohner\*innen und Interessenten in die lokale oder regionale Wasserpolitik, von denen man lernen kann und sollte (BUND AK Wasser Unterarbeitsgruppe WRRL-Anhörung, 2020). Mit dieser Fallstudie soll ein solches, gutes Beispiel gezeigt werden, denn es beweist nicht nur, dass Bürger\*innenbeteiligung möglich ist, sondern positive Effekte auf die Gewässerprojekte und den Zusammenhalt in der Bevölkerung hat.



Foto: Nikolaus Geiler

---

<sup>3</sup> Unter: „Akzeptanzdefizite beheben, aktive und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit stärker ermöglichen, fördern und weiter qualifizieren“



# Fallbeispiel

## Bürger\*innenbeteiligung am Hochrhein, Baden-Württemberg

### DER KONTEXT: WRRL-UMSETZUNG AM HOCHRHEIN

Am Hochrhein wurde im Jahr 2004 das WRRL-Pilotprojekt zur Beteiligung von Bürger\*innen und Interessengruppen gestartet. Die verantwortliche Flussgebietsbehörde wollte darin testweise verschiedene Akteure im Rheineinzugsgebiet des Südschwarzwalds, zwischen Konstanz am Bodensee und Basel, in seiner 1. Bewirtschaftungsplanung beteiligen. Der Hochrhein wurde als Pilotgebiet ausgesucht, da es aus zwei verschiedenartigen Gebietsteilen unter einer Verwaltung besteht und so ein gutes Modell für die spätere Übertragung auf andere Gebiete war (Regierungspräsidium Freiburg, 2006, S. 6, 7).

Wie in der WRRL vorgegeben, werden die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmen für sogenannte Flussgebietseinheiten (kurz FGE; z.B. FGE Rhein) geplant und vorgenommen. So können die Beständigkeit und das gute Zusammenspiel der Maßnahmen sichergestellt werden, sodass sie auch der ökologischen, vernetzten Funktion eines Flusses entsprechen. Eine Flussgebietseinheit setzt sich aus dem Fluss selbst und seinem Einzugsgebiet zusammen: ein Gebiet zu dem alle Oberflächen- und Grundwasser gehören. Da sich der Rhein aus Gewässern acht Bundesländer (BY, BW, HE, NI, NW, RP, SL, TH<sup>4</sup>) und neun Staaten (Schweiz, Italien, Österreich, Deutschland, Liechtenstein, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Niederlande) speist, werden nationale und internationale Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme erstellt und zu diesem Zweck zwischen den (Bundes-



**Abbildung: Rheineinzugsgebiet.** Quelle: IKS, 2020. Programm Rhein 2040 S. 27, von Autorin bearbeitet

<sup>4</sup> Abkürzungserläuterungen: BY: Bayern, BW: Baden-Württemberg, HE: Hessen, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SL: Saarland, TH: Thüringen

)Ländern koordiniert. Die Koordination der Bewirtschaftung des Rhein auf deutschem Gebiet übernimmt die Flussgebietsgemeinschaft Rhein (FGG Rhein), die aus Bund und den betroffenen Bundesländern besteht (FGG Rhein, 2014, S. Mitglieder). Die Koordination der internationalen Flussgebietseinheit Rhein findet in der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) statt, die mit den nationalen Koordinationseinheiten zusammenarbeiten (FGG Rhein, 2014, S. Internationale Zusammenarbeit; IKSR, 2024).

Da die Flussgebietseinheit Rhein so groß ist, wurde sie in Abschnitte, sog. Bearbeitungsgebiete, unterteilt. Die Bearbeitungsgebiete werden Verwaltungszuständigkeit zugeordnet. Der Rhein fließt aus den Schweizer Alpen in den Bodensee. Von dort bis nach Basel erstreckt sich das sog. Bearbeitungsgebiet des Hochrheins, und geht ab Basel (bis Bingen, ca. 360 km) in den sog. Oberrhein über (Land Baden-Württemberg, 2013, S. § 13; Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000; FGG Rhein, 2014, S. Daten). Der Hochrhein ist ein rein Baden-Württembergischer Flussabschnitt mit einer Fließlänge von ca. 170 km. Da der Hochrhein zudem die Landesgrenze zwischen Deutschland und der Schweiz bildet, gehört nur das rechte Ufer (in Fließrichtung betrachtet) zu deutschem Gebiet. Dementsprechend wird er nur auf dieser Flussseite von der zuständigen deutschen Behörde, dem Regierungspräsidium Freiburg, verwaltet (FGG Rhein, 2014, S. Daten). Die Bearbeitungsgebiete des Rheins sind nach den wichtigsten Zuflüssen weiter unterteilt in sogenannte Teilbearbeitungsgebiete. Auf deren Ebene werden die WRRL-Maßnahmen für die kleinste Organisationseinheit, die Flusswasserkörper, zusammengefasst. In einem Flusswasserkörper des Hochrheins können einzelne Fließgewässer mit mehr als 10 km<sup>2</sup> oder Abschnitte des Rheins mit seinen Zu- und Nebenflüssen sein. Neben den Flusswasserkörpern werden auch Seewasser- und Grundwasserkörper den Wasserkörpern der Teilbearbeitungsgebiete zugeordnet. Für den Hochrhein gibt es zwei Teilbearbeitungsgebiete (TBG), anschließend an den Bodensee das TBG „Wutach“ (bestehend aus acht Wasserkörpern) und flussabwärts das TBG „Wiese“ (bestehend aus sieben Wasserkörpern). Die chemischen, morphologischen und ökologischen Eigenschaften und der Zustand der darin liegenden Wasserkörper werden in Steckbriefen dargestellt, genauso wie die Handlungsfelder und Maßnahmen für sie (Regierungspräsidien Baden-Württemberg, 2024, S. Unterseiten). Sie dienen als wichtige Informationsquelle für die Öffentlichkeit und als Grundlage zu ihrer Beteiligung.

Der Hochrhein ist, wie der größte Teil des Rheins mit Ober- und Mittelrhein, ein kiesgeprägter Strom – also ein breiter Fluss in einem weitläufigen Flusstal und einem großen Einzugsgebiet, dessen Flussbett hauptsächlich aus Kies, Schotter und wenig Sand besteht und vielfältige Formen und folglich Strömungen aufweisen kann.

„Im Naturzustand bilden die großen Ströme und ihre Auen komplexe Gewässerlandschaften mit immensem Artenreichtum – »Hot Spots« der Biodiversität. Sie sind wichtige Fischwanderrouen und Rastplätze für Zugvögel.“ (UBA, 2019).

In solchen Flüssen kommen typischerweise Wanderfische wie der Lachs oder Aal vor. Eine Rückkehr des durch den Menschen ausgestorbenen Lachs im Rhein ist einer Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Durchgängigkeit des Flusses zu verdanken. Die Durchgängigkeit für wandernde Arten ist jedoch trotzdem weiterhin stark behindert. Besondere Fließgewässerpflanzen und -tiere, wie Libellen, Unken und Wasservögel sind abschnittsweise noch zu finden. Leider breiten sich zudem besonders gebietsfremde Arten, die die heimischen Arten verdrängen, aus. Besondere Lebensräume am Hochrhein sind neben den restlichen Auen, stellenweise Feuchtwiesen und Trockenrasen, sandige Ufer, Kiesinseln und steile Uferhänge.

Die Überflutungsflächen und Flussauen sind, wie bundesweit, am Hochrhein in der Vergangenheit stark durch anthropogene Eingriffe (z.B. Staudämme, Flussbegradigungen usw.) zurückgegangen. Trotz vieler Bemühungen, v.a. seit Umsetzungsbeginn der WRRL, bleibt der flächenmäßige und ökologisch wertvolle Zustand der Auen fast unverändert schlecht: am Oberrhein sind nur ca. ein Drittel der Auenflächen übriggeblieben, und nur ca. 6 % haben noch ihre ökologische Funktion. Am Hochrhein sind ebenso hauptsächlich Verluste von Überschwemmungsflächen und bis auf punktuelle Ausnahmen ein hoher Degradierungsgrad der Auen zu verzeichnen, da der Rhein in dem Bereich besonders stark bebaut und genutzt (für die Schifffahrt, Energiegewinnung mittels elf Flusskraftwerken, Waldnutzung und natürlich Siedlungen, sowie als Grün-, Acker-, Obst- und Weinbauland) wird. Seit dem vorherigen Auenzustandsbericht von 2009 hat sich dies unwesentlich geändert (UBA, 2019; Bundesamt für Naturschutz, 2021, S. Unterseiten, Karten und Methodische Grundlagen; IKSR, 2024).

Eine der punktuellen Ausnahmen von Auendegradierung befindet sich am Hochrhein, in einem seiner wenigen Schutzgebiete. Das größte auf deutscher Seite, (ein Flora-Fauna-Habitat Gebiet) „Hochrhein östl. Waldshut“, liegt im Mündungsbereich der Wutach, die auch vielfältige Lebensräume und Laichgebiete für lebensraumtypische oder gefährdete Fische (Groppe, Bachneunauge, Strömer) bietet. Dieses Schutzgebiet stellt einen noch naturnahen Flussabschnitt des Hochrheins dar, in dem keine Stauanlage oder Uferbefestigung vorliegt (Bundesamt für Naturschutz, 2024; FGG Rhein, 2021, S. 27, 50; Bundesamt für Naturschutz, 2024; Bundesamt für Naturschutz, 2024).

Die Berichte zum 1. Bewirtschaftungszeitraum (2015) und 2. Bewirtschaftungszeitraum (2021) zeigten, dass sich der Zustand des Rheins im Allgemeinen und des Hochrheins im Speziellen zwischen 2009 und 2021 nicht zum „Guten“ entwickelt hat: der ökologische sowie chemische Zustand des Hochrheins ist unverändert „mäßig“ bzw. „nicht gut“. Nur drei Oberflächenwasserkörper im Gebiet Hochrhein haben den guten Zustand bereits erreicht. Dagegen sollten alle bis auf einen Flusswasserkörper bis 2015, spätestens 2027 den guten Zustand erreicht haben, da sie natürliche Wasserkörper sind. Am Oberrhein hat sich der ökologische Zustand auf dem Abschnitt Karlsruhe zur Neckarmündung bei Mannheim von „unbefriedigend“ zu „mäßig“ verbessert (BMUB/UBA, 2016; BMUV/UBA, 2022; Regierungspräsidium Freiburg, 2021; Regierungspräsidium Freiburg, 2021; FGG Rhein, 2021, S. 44). Der 3. Bewirtschaftungsplan der FGG Rhein zeigt, dass die Zielerreichung der Maßnahmen für wenige Teile des Hochrheins in den 2. und 3.



Bewirtschaftungszyklus und die meisten (70 %) für nach 2027 geschoben wurden. Hauptdefizite bleiben Gewässerverunreinigungen sowie eine gestörte Gewässerstruktur und Durchgängigkeit (FGG Rhein, 2021, S. 26, 40, 53). Angegebene Ursachen sind „z. B. die fehlende technische Durchführbarkeit, der unverhältnismäßige Aufwand oder fehlende personelle und/oder finanzielle Ressourcen, um alle notwendigen Maßnahmen bis 2027 zu ergreifen.“ (FGG Rhein, 2021, S. 49). Natürlich ist an einem viel genutzten und als Wasserstraße befahrenen internationalen Fluss wie dem Rhein, so wie im Bearbeitungsgebiet Hochrhein, die gut abgestimmte Umsetzung der Maßnahmen organisatorisch und finanziell herausfordernd. Die Regierungsverwaltung des Hochrheins, das Regierungspräsidium Freiburg, hat sich im Rahmen der WRRL bis 2027 zum Ziel gesetzt zwei Oberflächenwasserkörper in den guten Zustand zu bringen und will dazu alle möglichen Anstrengungen unternehmen (FGG Rhein, 2021, S. 51, 53). Auf übergeordneter Ebene wurde von der FGG Rhein im Jahr 2020 das Programm „Rhein 2040 – Programm zur nachhaltigen Entwicklung des Rheins“, als Erweiterung des Programms „Rhein 2020“ von 2001, erstellt, welches vor allem die Klimaanpassung in den Fokus nimmt (FGG Rhein, 2024).

Im aktuellsten WRRL-Zwischenbericht zur Umsetzung der Maßnahmen des 3. Bewirtschaftungszeitraums, Ende 2024 veröffentlicht, wurden die Daten neuerdings nur für ganz Deutschland und nicht nach Flussgebietseinheit differenziert und lediglich ein allgemeiner Kommentar zum Fortschritt der Maßnahmen (für die FGE Rhein verkürzt „positiv“) ist bekannt. Ab 2025 soll mit Hilfe einer Bestandsaufnahme der erzielten Wirkungen und des Zustands der Gewässer die Grundlage für eine Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne ab 2027

geschaffen werden. Ab spätestens Mitte 2027 sollten der Entwurf des 4.

Bewirtschaftungsplans zur Anhörung der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und eine aktive Beteiligung aller Interessengruppen stattfinden (FGG Rhein, 2024, S. Zeitplan; Regierungspräsidien Baden-Württemberg, 2025). Im folgenden Abschnitt wurden die vergangenen Öffentlichkeitsbeteiligungen zum ersten Zeitplan, Arbeitsprogramm und den wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen (2005) und zu den 1. (2008), 2. (2015) und 3. (2020) Bewirtschaftungsplänen im Bearbeitungsgebiet Hochrhein betrachtet (Regierungspräsidium Freiburg, 2005, S. 1, 2; Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, 2012; FGG Rhein, 2018, S. 6; Bundesanstalt für Gewässerkunde, 2025).



Foto: AK Wasser im BBU; Wasserkraftwerk Säckingen, Hochrhein 2020

## GUTE-PRAXIS IN DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

- Beteiligungsmöglichkeiten werden **prominent und leicht auffindbar** auf den Behördenwebseiten sowie **breit in die Öffentlichkeit** gestreut, z.B. durch die Presse
- **detaillierte Berichte zu Bestandsaufnahmen, Lückenanalysen und Kosten-Nutzen-Analysen von Flussbewirtschaftungen** sind der Öffentlichkeit **aktuell, regelmäßig, vollständig, nachvollziehbar und transparent** zugänglich
- **Informationen** zu den Plänen und Maßnahmen **sind für Laien leicht verständlich**
- Anhörung der Bürger\*innen finden für **kleinräumigere Gebiete** und **vor Ort** statt
- Bürger\*innen werden bei der Planung durch Informieren, **Qualifizierung** (z.B. Aufklärungsaktionen) und **Mitwirkungsmöglichkeiten** beteiligt
- Die Öffentlichkeit wird bei der Planung **frühzeitig** eingebunden
- Beteiligungsveranstaltungen sind **partizipativ** moderiert
- Es gibt ein **gutes Erwartungsmanagement bzgl. der Partizipation sowie Maßnahmenziele**
- Foren, Konferenzen, AGs zur WRRL-Umsetzung sind auch für **ehrenamtliche Gewässerschützer\*innen zeitlich und finanziell zugänglich**
- **Lokale, regionale, nationale und internationale Wassernetze zu Flussgebieten** aus Gewässerschützer\*innen und Engagierten werden gefördert
- die Beteiligung zu **Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie** und WRRL werden gut **koordiniert** um Umsetzungskonflikte zu identifizieren und lösen

Quellen: BUND Stellungnahme 17.05.2020; CIS-Leitfaden Nr. 8 zur Öffentlichkeitsbeteiligung (EC 2003); LAWA Empfehlungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung (2013)

## DER PILOT: TEILASPEKTE DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG AM HOCHRHEIN

Anfangs war generell die Begeisterung für die Umsetzung der WRRL und auch für die Bürger\*innenbeteiligung bei allen Beteiligten noch groß (Working Group 2.9 Public Participation, 2003, S. Annex II; Netzwerk WasserInBürgerhand!, 2021). Bereits 2001 wurde auf Landesebene ein ständiger Beirat eingerichtet, der zum regelmäßigen Informationsaustausch unter und zur Beteiligung von Interessengruppen zur Umsetzung der WRRL und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) in Baden-Württemberg dient. Zudem wurden seit 2003 sogenannte „dezentrale Infokreise“ zur WRRL auf der Ebene der Bearbeitungsgebiete (z.B. Hochrhein) geschaffen um einen regelmäßigen Austausch von Informationen mit regionalem und lokalen Bezug zu gewährleisten. Auch in diesen Kreisen sind neben den zuständigen und betroffenen Behörden organisierte, betroffene und interessierte Akteure, aus den Kommunen, Wirtschaft und Umwelt- und Naturschutz einbezogen. Beide Organisationsstrukturen dienen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der WRRL (Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen, Dezember 2020).

Die „aktive Beteiligung“ auf der kleinsten räumlichen Einheit, den Teilbearbeitungsgebieten, im Rahmen der konkreten Erstellung (und später Aktualisierung) der

Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme wurde 2004 in Baden-Württemberg zunächst im Pilotprojekt „Vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung im Bearbeitungsgebiet Hochrhein“ erprobt. Es sollte dem Ziel dienen herauszufinden, wie die Anforderungen an die Beteiligung von Art. 14 der WRRL erfüllt werden könnten und gleichzeitig die Vorgehensweise, die in der WRRL nicht vorgegeben ist, an einem Abschnitt des Rheins zu testen, der verschiedene ökologische und ökonomische Eigenschaften vereinte (dem BG Hochrhein, bestehend aus TBG Wutach und TBG Wiese). Dank eines vorab ausgearbeiteten Konzepts, einer recht großen Anzahl an Beteiligungsmaßnahmen im Pilotprojektzeitraum und einer anschließenden Auswertung der Erfahrungen konnte der Prozess vom Piloten auf Beteiligungsverfahren landesweit übertragen werden (Regierungspräsidium Freiburg, 2006).

Dass im Vorhinein ein Konzept, das „Konzept zur Information, Anhörung und Beteiligung der Öffentlichkeit“ (IABÖ), erstellt worden war, welches unter Abstimmung zwischen Umweltministerium, Landesanstalt für Umwelt, Gewässerdirektion und Regierungspräsidium Freiburg entstand, schaffte die solide Basis für die (Weiter-) Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Ein Hauptaspekt dieser Entwicklung war die Grundsatzentscheidung, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit frühzeitig im Prozess stattfinden sollte, was ganz den Empfehlungen nach EU-CIS entsprach (s. Box zur Guten Praxis). Um dem Beteiligungs- und Auswertungsprozess genug Zeit zu gewähren, wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung ein Jahr vor die verpflichtenden Beteiligungsfristen gelegt (Regierungspräsidium Freiburg, 2006, S. 4 ff.).

Im Laufe des Pilotprojekts zum Hochrhein fanden eine Vielzahl an Bürger\*innenversammlungen statt, bei denen ganz anschaulich Karten der Wasserkörper ausgebreitet und anhand derer Strukturen, mögliche Lösungen und Ausführungen von Maßnahmen (Szenarien) diskutiert wurden. Zu den Veranstaltungen kamen nicht nur Stellvertreter\*innen von Interessengruppen (sog. Stakeholder) – wie von offizieller Seite Vertreter\*innen der IKSr oder Lobbyvertreter\*innen oder von lokalen-regionalen zivilgesellschaftlichen Vereinen wie regioWasser e.V. bzw. der Freiburger Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU AK Wasser) – sondern auch die breite Öffentlichkeit wurde eingeladen. Zu diesem Zweck erfolgten die Einladungen nicht nur im Staatsanzeiger, sondern auch in den Tageszeitungen. Zur Dokumentation, Nachvollziehbarkeit und für alle, die nicht anwesend waren, wurden die Ergebnisse im Anschluss im Internet veröffentlicht. Darin wurde nicht nur der Prozess und die diskutierten Maßnahmenpläne beschrieben, sondern es wurde auch erklärt und begründet welche Anmerkungen angenommen wurden und welche nicht. So war eine transparente Rückkopplung geschaffen worden (Geiler, 2023). Das damalige Vorgehen stellt ein gutes Praxisbeispiel für die Beteiligung der Öffentlichkeit dar und hat bis heute nicht an Aktualität verloren.



Foto: Nikolaus Geiler;  
Öffentlichkeitsbeteiligung am Hochrhein

## DER PROZESS: BETEILIGUNG DER BREITEN ÖFFENTLICHKEIT IM LAUFE DER ZEIT

### Beteiligung zum 1. BWP (2010-2015): 2004 – 2009

Die Vorbereitungen zur Erstellung des  
Bewirtschaftungsplans und den dazugehörigen

Maßnahmen für das BG Hochrhein begannen 2004. Das oben

genannte Pilotprojekt zur Öffentlichkeitsbeteiligung ging mit den zwei Auftaktveranstaltungen zur initialen Information zur WRRL und dem Prozess der Beteiligung in den beiden TBG des Pilotgebiets BG Hochrhein im selben Jahr los. Zur konkreten Bestandsaufnahme, Erstellung eines Zeitplans, eines Arbeitsprogramms und Ermittlung der wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen sowie Erstellung eines Plans für die Anhörungsmaßnahmen folgten Veranstaltungen im Rahmen der sogenannten „regionalen Arbeitsgruppen“, zu verschiedenen wasserwirtschaftlichen Themen in den beiden Teilgebieten, wie z.B. Wasserqualität oder Durchgängigkeit. Die erste formelle Anhörung zu den oben genannten vorbereitenden Schritten wurde im Frühjahr 2005 abgehalten.

Zur Vorbereitung der Entwürfe für das Maßnahmenprogramm (MP) und den Bewirtschaftungsplan (BWP) für das BG Hochrhein fanden im Jahr 2005 weitere Pilot-Beteiligungsveranstaltungen in den TBG Wutach und Wiese statt. Die unter der Beteiligung der Öffentlichkeit entstandenen Entwürfe des BWP und MP wurden dann zu Beginn von 2006 veröffentlicht. Die Entwürfe wurden dann auch noch in je einer Arbeitsgruppensitzung pro TBG zur Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung präsentiert und diskutiert. Mit den letzten beiden regionalen Arbeitsgruppentreffen Anfang 2006 war der Pilot für das BG Hochrhein abgeschlossen.

Aus dem Pilotprojekt ergab sich die Empfehlung des RP Freiburg für den Zeitplan der Öffentlichkeitsbeteiligung und mit den gesammelten Erfahrungen konnte das Vorgehen zur aktiven Beteiligung auf alle BG in Baden-Württemberg übertragen werden. Die Empfehlung zum Zeitplan lautete, die Öffentlichkeitsbeteiligung unverzüglich (ab Anfang 2006) zu beginnen und zwei Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen: die Erste, sog. „vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung“, von zwölf Monaten zu wichtigen

Wasserbewirtschaftungsfragen, Erarbeitung der Vorentwürfe für die Bewirtschaftungspläne (BWP) und der Maßnahmenprogramme (MP) auf den Teilgebietsebenen, um die Ergebnisse im Anschluss zu Bearbeitungsgebieten (BG) zusammenzuführen und international abzustimmen. Erst dann, in einer zweiten Phase der

„Die aktive  
Öffentlichkeitsbeteiligung  
vor der förmlichen  
Anhörung muss als  
Investition in die Zukunft  
gesehen werden.“  
(Regierungspräsidium Freiburg, 2006, S.



Beteiligung (idealerweise von Mitte 2008 bis Ende 2008), der rechtlich vorgeschriebenen „formalen“ Anhörung, sollten Stellungnahmen für die BG-Pläne entgegengenommen werden um diese ab Ende 2008 zu integrieren, wieder international abzustimmen und letztlich formal die BWP und MP zu den BG und auf Ebene der gesamten FGE zu Ende 2009 zu beschließen.

Im BG Hochrhein fand der Prozess nicht ganz entsprechend der eigenen Empfehlung statt, sodass der antizipierte Nutzen einer Verlängerung der Bearbeitungszeit für die Stellungnahmen und Integration in die FGE-BWP und –MP nicht getestet werden konnte: Die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung wurde erst im Herbst 2008 abgeschlossen, sodass die formale Anhörungsphase von sechs Monaten für das BG Hochrhein anstatt Mitte erst Ende 2008 begann. Der Prozess entsprach damit jedoch den rechtlichen Vorgaben und die Stellungnahmen konnten trotz des knappen Zeitplans bis zur endgültigen Vorlage (Ende 2009) wegen der frühen Einbindung der Öffentlichkeit in den Plänen berücksichtigt werden (Regierungspräsidium Freiburg, 2006, S. 2.1.3; Abb. 2, 3; Regierungspräsidium Freiburg, 2009, S. 12 - 16).



Foto: Nikolaus Geiler;  
Öffentlichkeitsbeteiligung am Hochrhein

## **Beteiligung zum 2. BWP (2016-2021): 2012-2015**

Das empfohlene Vorgehen der Einbindung der breiten Öffentlichkeit, außerhalb von Beirat und dezentralen Infokreisen, und vor der formalen Anhörung konnte für die Vorbereitung des zweiten BWP nicht mehr beobachtet werden. Der aktualisierte Bewirtschaftungsplan und die dazugehörigen Maßnahmenprogramme für den Hochrhein zur Umsetzung im 2. Bewirtschaftungszyklus wurden gemäß den rechtlich zwingenden Beteiligungsstufen (Information und Anhörung) und im Rahmen der vorgegebenen Fristen (formale Beteiligung ab Ende 2014) erstellt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung war laut eigenen Angaben trotzdem „intensiv“. Der Beginn der formalen Anhörung der Öffentlichkeit wurde im Internet und über den Staatsanzeiger veröffentlicht und eine Auftaktveranstaltung auf Landesebene kurz nach der Veröffentlichung ermöglichte der breiten Öffentlichkeit theoretisch einen Zugang zur Beteiligung, jedoch nur auf den Ebenen der Information und Anhörung. Um die 200 Personen verschiedener Interessengruppen konnten sich bei der Veranstaltung mit Präsentationen und einer Ausstellung der Pläne informieren und hatten die Möglichkeit diese zu diskutieren. Wie niedrigschwellig diese Angebote waren und ob neben Verbänden und lokalen Gruppen interessierte Bürger\*innen anwesend waren, kann aus den öffentlich zugänglichen Dokumenten nicht entnommen werden (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg, 2020; Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg, 2020; Regierungspräsidium Freiburg – Referat 51, 2015, S. 42).



### **Beteiligung zum 3. BWP (2022-2027): 2019-2021**

Die Covid-19 Pandemie stellte auch in diesem Prozess einen Einschnitt dar: Die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zur Vorbereitung des 3.

Bewirtschaftungszeitraums im Frühjahr 2020 konnte nicht in Präsenzveranstaltungen stattfinden. Stattdessen wurden die Pläne in Onlineveranstaltungen vorgestellt und online zugänglich gemacht. Hierzu war ein eigenes Projektportal geschaffen worden, in dem Kommentare, Ideen und Kritik zu den Plänen und Maßnahmen in einem Zeitraum von einem Monat abgegeben werden konnten. Besonders war daran, dass die Eingaben über eine interaktive Kartenfunktion erfolgten, sprich die räumliche Zuordnung der Maßnahmen war direkt gegeben (Regierungspräsidien Baden-Württemberg, 2020; Regierungspräsidien Baden-Württemberg, 2025).

Auch wenn mit den Online-Beteiligungsmöglichkeiten schnell ein Raum für das Mitmachen geschaffen wurde, so hatte die mangelnde persönliche Austauschmöglichkeit, zu diskutieren und ggf. bilateral Erklärungen zu erhalten negative Auswirkungen auf die Partizipationsmöglichkeit. Trotzdem muss man anerkennen, dass in Baden-Württemberg unter den schwierigen Umständen – besonders in der unsicheren ersten Covid-19-Phase im Jahr 2020 – es überhaupt ein „aktiveres“ Beteiligungsangebot als die formale, schriftliche Anhörung gab. Zudem blieb das Land unter diesen besonderen Umständen seiner Grundsatzentscheidung treu, die Möglichkeit zur Beteiligung vor der offiziellen Anhörung der Öffentlichkeit ab Ende 2020 zu ziehen (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg, 2021; Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg, 2020). Laut Experten waren diese Online-Beteiligungsformate im bundesweiten Vergleich unterm Strich am besten zu bewerten. Der Grund ist, dass die Onlinebeteiligung in Baden-Württemberg sehr kleinräumig (auf Teilbearbeitungsgebiet-Ebene) organisiert wurde und deswegen der Zugang deutlich besser als bei den Onlinebeteiligungsformaten anderer Länder war. Diese boten nur die Möglichkeit sich zu allen Maßnahmen gebündelt für das gesamte Bundesland zu äußern (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg, 2020; Baden-Württemberg Regierungspräsidien, 2025): Die Information auf solch einer Gebietsgröße und mit einer so großen Raumvielfältigkeit ist sehr übergeordnet und abstrakt. Des Weiteren waren viele Onlineformate sehr frontal und wenig partizipativ. Eine Beteiligung durch Anwohner\*innen oder lokal betroffene Akteure und Interessierte war so kaum möglich, nur berufliche Gewässerschützer\*innen, Lobbyisten und andere Fachleute konnten sich auf diesem Level einschalten. Dagegen war durch die kleinräumigere Einladung und Darstellung in Baden-Württemberg der Zugang zu dem diskutierten Wasserkörper auch für Laien besser und die präsentierten Pläne konkreter und nachvollziehbarer.

## RELEVANZ VON KOMMUNIKATIONSSTRATEGIEN: DAS BEISPIELHAFTE VORGEHEN AM HOCHRHEIN

Die Bürger\*innen- und Akteurs-Beteiligung im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie war und ist für das Gebiet des Hochrheins führend in der Umsetzung im Vergleich mit anderen Flussgebietseinheiten in Baden-Württemberg und im ganzen Land.

Aus verschiedenen, in den vorherigen Kapiteln auch benannten, Gründen, baute jedoch der Grad der Beteiligungsmöglichkeiten am Hochrhein, wie auch in den anderen Bundesländern, über die Zeit ab. Die „Lust“ für die Beteiligung ist von Bewirtschaftungszeitraum eins bis drei ganz offensichtlich gesunken und zwar auf Behörden- sowie auf Bürger\*innen- und NGO-Seite. „Um erfolgreich zu sein, müsste die Gewässerschutzpolitik begeistern, um damit die Menschen zu mobilisieren.“ (Netzwerk WasserInBürgerhand!, 2021; AK Wasser im BBU, regioWASSER e.V., 2022) Diese Qualität, die zu Beginn noch durch die in der WRRL rechtlich verankerte Beteiligungsklausel zu Tage kam, hat sich mit der Zeit im langweiligen „Verwaltungsakt“ aufgelöst. Die Fähigkeit der Behörden für die lokale und regionale Wasserpolitik zu begeistern ist jedoch wesentlich für eine aktive Beteiligung und den daraus resultierenden Mehrwert. Was man letztlich feststellen kann ist, dass die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit vor allem von den folgenden Faktoren abhängt:

### Beständige und transparente Organisationsstrukturen

In Baden-Württemberg wurden von Beginn an die bereits oben genannten drei Ebenen der Organisation von Kommunikation, Austausch und Beteiligung eingeführt: Den Beirat auf Landesebene, die „dezentralen Infokreise“ auf BG-Ebene und die regionalen Arbeitsgruppentreffen auf TBG-Ebene. So konnten die verschiedenen Themenbereiche der WRRL-Pläne auf mehreren Abstraktionsebenen (von Programmstrecken bis Einzelmaßnahmen), Arbeitsebenen bzgl. Raum (vernetzt bis punktuell) und in verschiedenen Personen- und Akteurskreisen (von Landes- bis lokale Gemeindeebene) reflektiert und angepasst werden. Auf diese Weise konnte dem Anspruch der WRRL der einerseits vernetzten und einheitlichen sowie gleichzeitig der lokalen/regionalen und realitätsnahen Herangehensweise Folge geleistet werden.

Die Beständigkeit dieser regelmäßig genutzten Strukturen über die Jahre schaffte nicht nur Planungssicherheit bzgl. der Beteiligung der Öffentlichkeit, sondern erlaubte es Vertrauen zwischen den Beteiligten aufzubauen. Zudem konnte durch die breitere Streuung der Informationen in verschiedene Kreise auch ein potentiell größerer Teil der Öffentlichkeit erreicht werden. Dies konnte auch durch die beabsichtigte Multiplikatoren-Funktion von Verbänden, als Mitglieder dieser Organisationsstrukturen, in die Ortschaften hinein

„Baden-Württemberg setzt auf umfassende Information und Transparenz bei der Planung von Maßnahmen.“  
(Baden-Württemberg Ministerium f. Umwelt, Klima u. Energiewirtschaft, 2020)

geschehen (Regierungspräsidium Freiburg, 2006, S. 7-10; Regierungspräsidium Freiburg, 2009, S. 11, f.). Die organisatorischen Vorbereitungsschritte der zuständigen Behörde (RP Freiburg) – Akteursanalyse, Zeitplanerstellung für die Öffentlichkeitsbeteiligung, Sammlung von Instrumenten und Formaten zur Beteiligung (wie kommuniziert man bspw. die Maßnahmen), Einschätzung des Aufwands – waren dafür eine wesentliche Voraussetzung (Regierungspräsidium Freiburg, 2006, S. 5).

### Kommunikationsstil & Haltung

Das Engagement spiegelte sich am Hochrhein in guten Gesprächsrunden zu den Wasserkörpern und deren Maßnahmenplänen wieder. Diese konnten entstehen, da die Umsetzungsverantwortlichen aus der Verwaltung die Veranstaltungen selbst moderierten und diese Verantwortung nicht abgaben, somit Rechenschaft und Erklärung über die Planung abgeben konnten, ansprechbar und unmittelbar an der Diskussion beteiligt waren. Sie legten auf eine kompetente Moderation Wert, die die Diskussion unter den Beteiligten zudem auf die Kooperation konzentrieren konnte, nicht auf Konfrontation – die allein durch die verschiedenen oder sogar konträren Nutzungsbedarfe und Interessen der Anwesenden z.B. Industrie vs. Umweltschützer gegeben ist. Die Art der Kommunikation ist also entscheidend in einem Prozess, der darauf ausgelegt ist möglichst hohe Akzeptanz aller Akteure zu erlangen. Auch die Position, die die Verwaltung in der Diskussion einnimmt kann große Auswirkung auf das Resultat haben: Ob es eine hierarchische oder eine Diskussion auf Augenhöhe ist. Den Verantwortlichen im Hochrheingebiet gelang es, den Anwesenden den Eindruck zu vermitteln „wir sind im selben Boot“: also, dass die Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nun gemeinsam angepackt und durchgeführt werden müssen (Geiler, 2023). Das Gefühl von Zusammenhalt und Vermittlung der Position des Staates als „Anwalt seiner Bürger\*innen“, oder wie man im Englischen sagt „public servants“ – also Diener der Öffentlichkeit (zu Deutsch Staatsdiener), und nicht des Gegeneinanders oder Herrschens ermöglicht eine bessere Zusammenarbeit aller Parteien.

### KOMMUNIKATION & HALTUNG: Werkzeuge für eine aktive Öffentlichkeitsbeteiligung

- **Werbung** (Web, Lokalzeitungen, Social Media)
- „Vertrauen“ aufbauen durch **persönlichen Kontakt**
- **Präsentationen**: Konferenzen, Infoabende, Broschüren, Infoplakate, Internetseiten
- Anhörung heißt **Zuhören** und angemessen Antworten: **Bürger\*innentreff, Interviews, Workshops**
- Respektvolle **Diskussion** von Problemen im konstruktiven **Dialog** mit **unvoreingenommener Moderation**
- **Offene Haltung** zu Lösungsbeitrag durch Zivilgesellschaft
- **Arbeitskonferenz** oder **Kreativ-Werkstatt** zur Förderung von Gefühl von Eigen-/Mitverantwortung und Selbstwirksamkeit
- **Kritische Re-Evaluation** der Beteiligungsmaßnahmen und Verbesserung
- Rechenschaft ablegen: **Berichte**
- **Diskussionspunkte weiterverfolgen** für langfristige Wirkung und Bindung

Quellen: EU-CIS, S. 12-14, 25, 26, 49, 56, 59 ff., 75 ff., 92 ff. Annex I

Das Regierungspräsidium Freiburg nahm mit seiner Form der Umsetzung des Beteiligungsprozesses eine Vorreiterrolle ein. Eine der Hauptgründe hierfür war, dass wenige sehr engagierte Personen in den Behörden keine Scheu davor hatten einen neuen Weg in der Wasserpolitik einzuschlagen: einen mit mehr Mitsprache für die Bürger\*innen und Betroffenen (Geiler, 2023). Wie auch in anderen Politikbereichen ist also die Offenheit für Bürger\*innenbeteiligung und Innovation von Prozessen personenabhängig, neben der allgemeinen personellen Struktur, also von den Kapazitäten und Auslastungen von Behörden.

## **Evaluation und Rückkopplung**

Wie die Beteiligungsmaßnahmen letztendlich wahrgenommen wurden ist natürlich subjektiv und hängt von den Erwartungen an den Prozess und Ausgang der Beteiligung ab. Qualitative Erfolgskriterien sind neben der Qualität der Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung auch die grundlegende Herangehensweise an und Qualität der primären inhaltlichen und organisatorischen Planung: z.B. Detailschärfe, Genauigkeit, Anschaulichkeit, klare Zuständigkeiten, Quantifizierbarkeit der Maßnahmen sowie eine Kosten-Nutzen-Abschätzung. Eine Form der Erfolgskontrolle könnten Befragungen der Beteiligten sein: für das Pilotprojekt am Hochrhein wurden Feedback-Fragebögen im Rahmen einer Begleitforschung eingesammelt und ausgewertet (Regierungspräsidium Freiburg, 2006; Uhlendahl, 2023). Auch die Anzahl der schriftlichen Einwände im Rahmen der formalen Anhörung der Öffentlichkeit kann ein guter Indikator dafür sein, wie die Beteiligung der Akteure davor gelaufen ist: ob z.B. bei einem Bürger\*innentreff bereits offene Fragen geklärt oder Hinweise von den Akteuren aufgenommen und im Anschluss in den Entwürfen berücksichtigt werden konnten. Vergleicht man die Zahl der schriftlichen Einwände zwischen den Bundesländern erkennt man große Diskrepanzen: wo bereits ein enger Austausch von betroffenen Akteuren mit der Verwaltung während der Entwicklung der Maßnahmen und Kommunikation in der Öffentlichkeit stattgefunden hatte, wurden nur noch wenige Einwände eingereicht (Geiler, 2023) (Uhlendahl, 2023). Eine Teilhabe der und intensive Kommunikation mit den Akteuren sind die Schlüssel zu Akzeptanz und letztlich weniger Aufwand für die Verwaltung im Nachgang.

Bei allem Lob, gab es auch Defizite bei der Öffentlichkeitsbeteiligung in Baden-Württemberg, die in dieser Fallstudie nicht weiter ausgearbeitet werden. Eine Problematik, auf die jedoch bereits zu Beginn des Kapitels hingewiesen wurde ist die Erreichbarkeit und Motivation der breiten Öffentlichkeit an den wasserpolitischen Prozessen teilzunehmen. Dies wurde auch für den Hochrhein beobachtet, wo trotz der niedrighschwelligen Einladung zur Beteiligung in Zeitungen unter dem Strich nur wenige Bürger\*innen und Anwohner\*innen kamen. Ob es eine strategische Planung zur weiteren Verbesserung und Erhöhung der Beteiligung gibt ist nicht bekannt. Eine letztlich recht offensichtliche Betrachtung ist die, ob und wann die WRRL Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Laut WRRL-Zwischenbericht 2024 wurden in der FGE Rhein „grundlegende Maßnahmen (...) vollständig ergriffen“ (Bundesanstalt für Gewässerkunde, 2025). Der deutliche Rückgang der Beteiligungsmöglichkeiten und die massive Verfehlung bzgl. Umsetzung und

Zielerreichung (guter Gewässerzustand) der WRRL lässt jedoch die kritische Frage offen, wie und unter welcher Beteiligung die WRRL ab 2027 fortgeführt wird (Projektbüro Gewässerbündnis Baden-Württemberg, 2025; WasserInBürgerhand!, 2020; BUND AK Wasser Unterarbeitsgruppe WRRL-Anhörung, 2020; Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, 2024).

## **STRAHLWIRKUNG UND ÜBERTRAGBARKEIT AUF ANDERE FLUSSGEBIETE: BEISPIEL OBERRHEIN**

Die gute Öffentlichkeitsbeteiligung am Hochrhein hatte Strahlwirkung: andere Regierungspräsidien in Baden-Württemberg haben davon gelernt und es sich abgeschaut – wie es bei der Konzipierung der Pilotstudie „Vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung im Bearbeitungsgebiet Hochrhein“ beabsichtigt gewesen war. Ein positiver Druck entstand unter den Landesbehörden, durch Vergleiche untereinander, ein erfolgreiches Vorgehen an die eigenen Gegebenheiten zu adaptieren. Aber auch der Austausch, die Zusammenarbeit sowie personelle Überlappungen zwischen den TBGs derselben sowie verschiedener Regierungspräsidien, sowie mit übergeordneteren Institutionen für spezifische Gewässermanagementthemen oder die internationale Zusammenarbeit (IKSR), motivierten sicherlich dem guten Beispiel zu folgen. So kam es, dass viele Aspekte die für den Hochrhein zuerst erarbeitet worden waren auf den Oberrhein angewandt wurden. Wie am Hochrhein (mit der Schweiz), ist auch am Oberrhein die Koordination der WRRL-Umsetzung transnational (mit der Schweiz und Frankreich) notwendig (und von der WRRL vorgegeben) (Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, 2000, S. §3; Regierungspräsidium Karlsruhe, 2005). Beachtet man diesen Aspekt, so ist es durchaus wahrscheinlich, dass gute Beispiele wie hier zur Öffentlichkeitsbeteiligung der WRRL nicht nur innerhalb und zwischen Verwaltungsebenen derselben oder verschiedener Bundesländer, sondern auch Nationen Schule machen.

Diese Strahlwirkung ist die Hauptmotivation dieser Fallstudie, die zum Aufbau von Ressourcen, und dazu gehören gute und inspirierende Beispiele, im Odereinzugsgebiet erstellt wurde. Nicht nur die Grenzgewässerthematik aber auch die internationale Koordination zum Schutz der international-verlaufenden Flüsse ist eine Parallele die man zwischen Rhein und Oder beobachten kann. Aus diesem Grund folgt der Appel, nicht nur zwischen den Ländern, die sich einen Fluss teilen, sondern auch zwischen den Akteuren verschiedener Flüsse auszutauschen und voneinander zu lernen. Dies soll für die Zivilgesellschaft, wie in dem EURENI Projekt (für das diese Fallstudie geschrieben wurde) verkörpert, sowie staatliche Institutionen gelten (z.B. Internationale Kommission zum Schutz des Rhein oder der Oder<sup>5</sup>) – auch wenn es viele Unterschiede, z.B. verwaltungstechnischer sowie ökologischer Art, gibt. Die wesentlichen Elemente, die in dieser Fallstudie aufgezeigt wurden (siehe Kästen zur guten Praxis und Werkzeugen für die aktive Öffentlichkeitsbeteiligung), sind übertragbar. Dies ist auch einer der Gründe dafür,

---

<sup>5</sup> Abkürzungen und voll ausgeschriebene Namen: IKSR: Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins; IKSO: Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung;



weshalb im Rahmen des EURENI-Projekts „Aufbau eines deutsch-polnisch-tschechischen Netzwerks für eine umwelt- und naturfreundliche Regionalentwicklung im Einzugsgebiet der Oder“ Studienfahrten an sehr verschiedene Flüsse dreier Länder (die drei Oderländer Tschechien, Polen und Deutschland) geplant und bereits teilweise mit Vertreter\*innen aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen durchgeführt wurden.



Foto: Theresa Wagner, EURENI-Projekt „Zeit für die Oder“ Studienfahrt an die Bečva, 2024

## **ROLLE UND BEDEUTUNG VON ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN NETZWERKEN**

Mit dem vorangegangenen Punkt wird auch bereits die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken deutlich. Den Horizont erweitern kann man oft erst, wenn man sich mit anderen Perspektiven auseinandersetzt: dies gilt für den transnationalen Austausch, aber genauso auf regionaler Ebene zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Gesichtspunkten und Zielen bezüglich eines Flusses. Hier können zivilgesellschaftliche Beteiligte an der WRRL-Umsetzung eine wertvolle Quelle sein. Sie können unorganisiert (z.B. Anwohner\*innen) oder organisiert sein. Letztere können in Form von Vereinen (z.B. Tourismus-, Angler-, Naturschutz-) oder loser Bündnissen, Netzwerken oder Bürgerinitiativen einen wertvollen inhaltlichen sowie kommunikativen Beitrag leisten. Solche lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Wassernetze zu Flussgebieten, z.B. aus Gewässerschützer\*innen und Engagierten, sollten laut CIS-Leitfaden gefördert werden (s. Kasten zur guten Praxis in der Öffentlichkeitsbeteiligung).

Wassernetze können dem Informationsaustausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene, teilweise schneller und niedrigschwelliger als von Behörden ausgehend, und sogar dem internationalen Dialog zwischen Behörden und der Zivilbevölkerung dienen. Daneben haben sie einen Einfluss auf die Meinungsbildung der Zivilgesellschaft, fördern gegenseitiges Verständnis und damit den (zivil-)gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie leisten Aufklärung und Bewusstseinsbildung für Gewässerbewirtschaftungs-, Umweltpolitische- und Naturschutzfragen: in der breiten Öffentlichkeit, bei Gewässerinteressierten sowie beim Nachwuchs.

Ein Beispiel für ein solches Wassernetz ist das „RheinNetz“, das in den 2000-er Jahren zur „Initiierung und Förderung einer umfassenden Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Rhein-Einzugsgebiet durch eine grenzübergreifende Zusammenarbeit unterschiedlichster Institutionen und Organisationen“ gebildet wurde (Geiler, 2023; Ecologic Institut gemeinnützige GmbH, 2001-2006). In diesem Wassernetz waren Akteure aus den Niederlanden, Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland vertreten. Durch dieses NGO-Netzwerk konnten zum Beispiel Wege erprobt werden, wie man junge Leute für die WRRL begeistern kann. Wie der Name bereits sagt, hat dieses wie auch andere Wassernetze, zum Ziel in der Zivilbevölkerung und zwischen den verschiedenen Akteuren in der Gewässerpolitik zu vernetzen: so konnten durch das RheinNetz z.B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen angewandte Praktiken bei der Öffentlichkeitsbeteiligung im Flusseinzugsgebiet ausgetauscht werden (Ecologic Institut gemeinnützige GmbH, 2001-2006; Kranz, 2006). Weitere Wassernetze, die ähnliche Aufgaben übernehmen und im Allgemeinen zur WRRL-Beteiligung arbeiten, wie das Wassernetz NRW, das Wassernetz Berlin oder das im Jahr 2024 neugegründete Gewässerbündnis Baden-Württemberg und nicht zuletzt eben auch das internationale Bündnis „Zeit für die Oder“, sollen an dieser Stelle genannt werden (Wassernetz NRW, 2014; Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V., 2025; Lebendige Flüsse e. V., 2025; Deutscher Naturschutzring, 2025; Working Group 2.9 Public Participation, 2003). Die staatliche Förderung solcher Netzwerke entspricht demnach direkt und indirekt einer Qualifizierung sowie Aktivierung der Zivilgesellschaft sich an Gewässerpolitischen Themen zu beteiligen und ist eine Zukunftsinvestition (BUND AK Wasser Unterarbeitsgruppe WRRL-Anhörung, 2020, S. 3).

„Ein gut geführter Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung ist nicht kostenlos und erfordert Zeit und Energie, aber er wird sich am Ende auszahlen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die Umweltziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen.“  
(EU-CIS, S. vi)

## ERNÜCHTERNDER AUSBLICK

Die rechtliche Verpflichtung zu einer Beteiligung der Öffentlichkeit an wasserwirtschaftlichen Fragen und Lösungen, wie sie in Art. 14 der WRRL festgelegt wurde, war zur Zeit ihrer Einführung eine Neuheit und der Umgang mit dieser Vorgabe und die Art und Weise der Umsetzung der Bürger\*innen- und Akteursbeteiligung musste erst erprobt und gelernt werden.

Bis zur WRRL-Einführung war nur eine formale, schriftliche Beteiligung möglich. Zu Beginn war in allen Bundesländern die Umstellung einer gewissen „Obrigkeitshaltung“ und der Ansicht, dass Partizipation der Behörde die Arbeit erschwere und Bürger\*innenbeteiligung anstrengend sei, schwer. Außerdem gab es keine ausgebildeten Mitarbeiter\*innen in den Behörden, die Wissen und Erfahrung mit Partizipationsprozessen hatten. Es benötigte Menschen mit Kommunikationstalent, „Kümmertypen“ sowie -strukturen. Diese abweisende Haltung und die fehlenden Kompetenzen führten dazu, dass sich niemand an die (echten) Konflikte heranwagte und stattdessen nur Projekte mit keiner oder wenig Kontroverse angegangen wurden, also die „tiefhängenden Früchte“ geerntet wurden. Ein Vorgehen gegen eine starke Lobby oder unpopuläre Entscheidungen wollte man nicht treffen, denn man wollte Gerichtsprozesse vermeiden und setzte möglichst auf Freiwilligkeit. Dies führte, trotz der Bemühungen einzelner Verantwortlicher, wie in diesem Fallbeispiel beschrieben, zu der Gesamtlage, dass die herausfordernden aber unvermeidlichen Maßnahmen die zur Verwirklichung des guten Zustands von Fließgewässern nötig sind, nicht angegangen wurden und weiterhin ausstehen.

Die Probleme und damit Anforderungen zur Lösungsfindung sind durch die Klimakrise jedoch noch komplizierter geworden und damit gewachsen. Der Aufschieb könnte also extra kosten – im finanziellen, sowie ökologischen Sinne.

### WEITERE INFORMATIONEN:

- [BUND: Wasserrahmenrichtlinie](#)
- [BUND Baden-Württemberg: Wasserrahmenrichtlinie](#)
- [UBA: Wasserrahmenrichtlinie](#)
- [WasserBLICK](#)
- [LAWA: Wasserrahmenrichtlinie](#)
- [WRRL Baden-Württemberg](#)
- [FGG-Rhein](#)
- [Wasser-DE](#)

## DANK UND REFERENZEN

Die Autorin dankt im Besonderen Herrn Dr. Nikolaus Geiler sowie Herrn Dr. Thomas Uhlendahl, von regioWASSER e.V., für das Gespräch und die zur Verfügung gestellten Informationen zu den Prozessen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Einzugsgebiet des Rheins. Neben ihrem regionalen Engagement im Bereich Gewässerschutz setzen sie sich im AK Wasser des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) für die Vernetzung und Wissenstransfer sowie Teilhabe der Bürger\*innen in der Wasserpolitik ein. Weitere Informationen sind [hier](#) im Internet sowie auf [Instagram](#) zu finden. Auch gilt der Dank Christian Schweer für die Bereitstellung der Analysen zur WRRL Umsetzung und Öffentlichkeitsbeteiligung nach Art. 14. Er ist für den BUND Berlin e.V. und in der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. im Wassernetz~Berlin tätig. Weitere Informationen zum Wassernetz~Berlin sind [hier](#) verfügbar.

Die Fotografien sind mit freundlicher Genehmigung von Dr. Nikolaus Geiler für diese Publikation zur Verfügung gestellt.

Autorin: Theresa Wagner, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Gewässerpolitik des Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. Deutschland

Diese Publikation entstand im Rahmen des BMUV-geförderten EURENI Projekts “Establishment of a German-Polish-Czech network for environmentally and nature-friendly regional development in the Oder catchment area” (DE: Aufbau eines deutsch-polnisch-tschechischen Netzwerks für eine umwelt- und naturfreundliche Regionalentwicklung im Einzugsgebiet der Oder). Die geäußerten Meinungen und Ansichten in der vorliegenden Publikation müssen nicht mit denen des Förderers übereinstimmen.

Das Projekt hat das Ziel die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen NGOs, der Zivilgesellschaft und weitere Interessengruppen zum Thema der Oder aus Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken und verbessern. Durch den Austausch soll ein gemeinsames Verständnis der gegenseitigen Perspektiven für das trilaterale Flusseinzugsgebiet geschaffen werden. Zum Aufbau eines Bewusstseins für die aktuellen wasserwirtschaftlichen Herausforderungen und möglichen Lösungen an der Oder werden zudem Informationen und Materialien, wie diese und weitere Fallstudien aus Polen und Tschechien verbreitet.

Die Fallstudien, übersetzt in die drei Oder-Ländersprachen, sowie weitere Informationen zur Oder und dem Projekt sowie zu dem im Rahmen des Projekts wiederbelebten internationalen Oder-Bündnis „Zeit für die Oder“ sind auf den Webseiten [SaveOder](https://saveoder.org/), [www.odra.pl](http://www.odra.pl) und [www.arnika.org/publikace](http://www.arnika.org/publikace) veröffentlicht.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit  
und Verbraucherschutz



Czas na Odrę  
Zeit für die Oder  
Čas na Odru

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

**Das Bündnis „Zeit für die Oder“** ist eine internationale Partnerschaft von drei Fluss-Bündnissen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Wir treten dafür ein, die Oder und ihr Einzugsgebiet für die Bürgerinnen und Bürger von Tschechien, Deutschland, Polen und Europa dauerhaft zu schützen.

Weiterführende Informationen über die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Bündnisses „Zeit für die Oder“ erhalten Sie auf der Internetseite

<https://saveoder.org/>



# LITERATURVERZEICHNIS

- AK Wasser im BBU, regioWASSER e.V. (06. Juni 2022). Warum scheitert die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)? Abgerufen am 24. März 2025 von <https://www.akwasser.de/node/117>
- Baden-Württemberg Regierungspräsidien. (2025). Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung auf Ebene der Teilbearbeitungsgebiete (TBG) 2020. Abgerufen am 22. März 2025 von <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/oeffentlichkeitsbeteiligung/>
- Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. (2025). Wassernetz Berlin. Abgerufen am 24. März 2025 von <https://wassernetz-berlin.de/>
- BMUB/UBA. (2016). Die Wasserrahmenrichtlinie – Deutschlands Gewässer 2015. Bonn, Dessau.
- BMUV. (Stand: 01.03.2011). Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und ihre Umsetzung in Deutschland. Von <https://www.bmuv.de/themen/wasser-und-binnengewasser/gewaesserschutzpolitik/deutschland/umsetzung-der-wrml-in-deutschland> abgerufen
- BMUV/UBA. (2022). Die Wasserrahmenrichtlinie – Gewässer in Deutschland 2021. Fortschritte und Herausforderungen. Bonn, Dessau.
- BUND AK Wasser Unterarbeitsgruppe WRRL-Anhörung. (17. Mai 2020). Stellungnahme des BUND anlässlich der Anhörung gemäß Art. 14 WRRL zu den wichtigen Gewässerbewirtschaftungsfragen für die Bewirtschaftungsplanung 2021-2027 innerhalb der deutschen Flussgebiete bzw. Flussgebietsanteile. (B. f. Deutschland, Hrsg.) Abgerufen am 24. März 2025 von Der BUND-Arbeitskreis Wasser; <https://www.bund.net/ueber-uns/organisation/arbeitskreise/wasser/>; [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/fluesse/fluesse\\_wrml\\_ak\\_stellungnahme.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/fluesse/fluesse_wrml_ak_stellungnahme.pdf)
- Bundesamt für Justiz. (31. Juli 2009). Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts 1) 2) (Wasserhaushaltsgesetz - WHG); § 29 Fristen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele. (B. D. Justiz, Hrsg.) Abgerufen am 13. 09 2024 von [gesetze-im-internet: https://www.gesetze-im-internet.de/whg\\_2009/\\_29.html](https://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/_29.html)
- Bundesamt für Naturschutz. (2021). Auenzustand. Abgerufen am 26. September 2024 von [Auenzustandsbericht 2021: https://www.bfn.de/auenzustand](https://www.bfn.de/auenzustand)
- Bundesamt für Naturschutz. (2024). Hochrhein östl. Waldshut. Abgerufen am 27. September 2024 von [Natura 2000 Gebiete: https://www.bfn.de/natura-2000-gebiet/hochrhein-oestl-waldshut](https://www.bfn.de/natura-2000-gebiet/hochrhein-oestl-waldshut)
- Bundesamt für Naturschutz. (2024). Landschaftssteckbrief Hochrhein. Abgerufen am 26. September 2024 von <https://www.bfn.de/landschaftssteckbriefe/hochrhein>
- Bundesamt für Naturschutz. (2024). Telestes souffia - Strömer. Abgerufen am 27. September 2024 von <https://www.bfn.de/artenportraits/telestes-souffia>
- Bundesanstalt für Gewässerkunde. (13. 01 2025). WasserBLiCK. (Bundesanstalt für Gewässerkunde, Herausgeber) Abgerufen am 22. 03 2025 von [Abgabedateien zum WRRL-Zwischenbericht/Maßnahmenprogramm 2024: https://www.wasserblick.net/servlet/is/237823/](https://www.wasserblick.net/servlet/is/237823/)
- Deutscher Naturschutzring. (2025). SaveOder. Von Webseite des Bündnis "Zeit für die Oder": <https://saveoder.org/> abgerufen
- Ecologic Institut gemeinnützige GmbH. (2001-2006). RheinNetz – Gemeinsam für den Rhein von morgen. Abgerufen am 24. März 2025 von <https://www.ecologic.eu/de/1103>
- Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union. (23. Oktober 2000). RICHTLINIE 2000/60/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik. (E.-L. d. Union, Hrsg.) Von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02000L0060-20141120> abgerufen
- FGG Rhein. (2014). FGG Rhein. Abgerufen am 25. 09 2024 von [Daten: für Daten zum Einzugsgebiet: https://fgg-rhein.de/servlet/is/100035/](https://fgg-rhein.de/servlet/is/100035/)
- FGG Rhein. (16. November 2018). Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie. Abgerufen am 30. September 2024 von [Vorstellung des Zeitplans und Arbeitsprogramms sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Information und Anhörung der Öffentlichkeit im Rahmen der Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne in der FGG Rhein: https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-](https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-)

Internet/Themenportal/Wasser\_und\_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/\_DocumentLibraries/Bekanntmachungen/20181116\_ZAP\_Rhein.pdf

FGG Rhein. (Dezember 2021). Überblicksbericht der Flussgebietsgemeinschaft Rhein. Abgerufen am 27. September 2024 von zur Bewirtschaftungsplanung nach Wasserrahmenrichtlinie für den 3. Bewirtschaftungszeitraum: [https://fgg-rhein.de/servlet/is/4367/20211222\\_%C3%9C-Bericht\\_final.pdf?command=downloadContent&filename=20211222\\_%DC-Bericht\\_final.pdf](https://fgg-rhein.de/servlet/is/4367/20211222_%C3%9C-Bericht_final.pdf?command=downloadContent&filename=20211222_%DC-Bericht_final.pdf)

FGG Rhein. (2024). Rhein 2040 - Programm zur nachhaltigen Entwicklung des Rheins. Abgerufen am 27. September 2024 von <https://fgg-rhein.de/servlet/is/100046/>

FGG Rhein. (2024). Zeitplan. Abgerufen am 26. September 2024 von <https://fgg-rhein.de/servlet/is/4365/>

Geiler, N. (18. Dezember 2023). Dr. (T. Wagner, Interviewer) Zoom-Konferenz.

IKSR. (13. 02 2020). Programm Rhein 2040. Der Rhein und sein Einzugsgebiet: Nachhaltig bewirtschaftet und klimaresilient. Von [https://www.iksr.org/fileadmin/user\\_upload/DKDM/Dokumente/Broschueren/DE/bro\\_De\\_2040\\_lang.pdf](https://www.iksr.org/fileadmin/user_upload/DKDM/Dokumente/Broschueren/DE/bro_De_2040_lang.pdf) abgerufen

IKSR. (2024). Hochrhein. Von <https://www.iksr.org/de/themen/rhein/teileinzugsgebiete/hochrhein/> abgerufen

IKSR. (2024). Internationale Kommission zum Schutz des Rheins. Abgerufen am 25. September 2024 von <https://www.iksr.org/de/>

Kranz, N. (17.-18.. Januar 2006). Beteiligung der Öffentlichkeit im RheinNetz. Abgerufen am 24. März 2025 von Umsetzung der WRRL in Europa und NRW - Auf dem Weg zur Maßnahmenplanung: [https://www.ecologic.eu/sites/default/files/presentation/2022/kranz\\_rheinnetz\\_gelsenkirchen.pdf](https://www.ecologic.eu/sites/default/files/presentation/2022/kranz_rheinnetz_gelsenkirchen.pdf)

Land Baden-Württemberg. (3. Dezember 2013). Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG). (zuletzt geändert am 7. Februar 2023). Abgerufen am 20. 09 2024 von [https://www.landesrecht-bw.de/perma?a=WasG\\_BW](https://www.landesrecht-bw.de/perma?a=WasG_BW)

LAWA. (2013). Empfehlungen zur koordinierten Anwendung der EG-HWRM-RL und EG-WRRL - Potenzielle Synergien bei Maßnahmen, Datenmanagement und Öffentlichkeitsbeteiligung -. Magdeburg: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser; Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt. Abgerufen am beschlossen auf der 146. LAWA-VV am 26. / 27. September 2013 in Tangermünde von [https://wasserblick.bafg.de/servlet/is/142658/VerlinkungspapierWRRL\\_HWRM-RL.pdf?command=downloadContent&filename=VerlinkungspapierWRRL\\_HWRM-RL.pdf](https://wasserblick.bafg.de/servlet/is/142658/VerlinkungspapierWRRL_HWRM-RL.pdf?command=downloadContent&filename=VerlinkungspapierWRRL_HWRM-RL.pdf)

LAWA. (2018). Umsetzungsstand der Maßnahmen nach Wasserrahmenrichtlinie. Zwischenbilanz 2018. Erfurt: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)-Geschäftsstelle, Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz Thüringen. Von [https://www.wasserblick.net/servlet/is/182310/LAWA-Umsetzungsstand\\_WRRL\\_final\\_barfrei.pdf?command=downloadContent&filename=LAWA-Umsetzungsstand\\_WRRL\\_final\\_barfrei.pdf](https://www.wasserblick.net/servlet/is/182310/LAWA-Umsetzungsstand_WRRL_final_barfrei.pdf?command=downloadContent&filename=LAWA-Umsetzungsstand_WRRL_final_barfrei.pdf) abgerufen

Lebendige Flüsse e. V. (2025). Gewässerbündnis Baden-Württemberg. Von Gemeinsam für Bäche und Flüsse voller Leben!: <https://www.gewaesserbueundnis-bw.de/> abgerufen

Ministerium für Umwelt, Klima u. Energiewirtschaft. (22. 12 2020). Öffentlichkeitsbeteiligung. Abgerufen am 22. 03 2025 von <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/blaues-gut/europaeische-wasserrahmenrichtlinie/oeffentlichkeitsbeteiligung>

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft , Baden-Württemberg. (21. Dezember 2020). Bestandsaufnahme 2004. Abgerufen am 24. März 2025 von Erster Bewirtschaftungszyklus: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/blaues-gut/europaeische-wasserrahmenrichtlinie/erster-bewirtschaftungszyklus/bestandsaufnahme-2004>

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. (01. November 2024). Die meisten Fließgewässer im Land sind in keinem guten Zustand; Umweltdaten Bericht 2024;. Abgerufen am 24. März 2025 von Umweltportal Baden-Württemberg: <https://umweltportal.baden-wuerttemberg.de/umweltdaten-bericht-2024/fliessgewaesser-in-keinem-guten-zustand>

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg. (12. Dezember 2020). Anhörung der Entwürfe der Bewirtschaftungspläne. Abgerufen am 22. 03 2025 von Zweiter Bewirtschaftungszyklus: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/blaues-gut/europaeische-wasserrahmenrichtlinie/zweiter-bewirtschaftungszyklus/oeffentlichkeitsbeteiligung>

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg. (21. Dezember 2020). Zweiter Bewirtschaftungszyklus (2016-2021). Abgerufen am 22. 03 2025 von <https://um.baden->

wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/blaugut/europaeische-wasserrahmenrichtlinie/zweiter-bewirtschaftungszyklus

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg. (02. Juli 2021). Anhörung der Entwürfe der aktualisierten Bewirtschaftungspläne. Abgerufen am 21. Oktober 2024 von <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/blaugut/europaeische-wasserrahmenrichtlinie/dritter-bewirtschaftungszyklus/oeffentlichkeitsbeteiligung>

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg. (22. Dezember 2020). Öffentlichkeitsbeteiligung. Abgerufen am 21. Oktober 2024 von <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/blaugut/europaeische-wasserrahmenrichtlinie/oeffentlichkeitsbeteiligung>

Netzwerk WasserInBürgerhand! (13. Juli 2021). Nachrichten. Abgerufen am 23. März 2025 von Wasserrahmenrichtlinie: Öffentlichkeitsbeteiligung vergeigt; BBU-Wasserrundbrief Nr. 1180, 27. Juni 2021: <https://wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2021/WRRL-Oeffentlichkeitsbeteiligung.htm>

Projektbüro Gewässerbündnis Baden-Württemberg, L. (19. März 2025). Weltwassertag: Gewässerbündnis BW sieht dringenden Handlungsbedarf beim Schutz der Gewässer. (B. L.-W. e.V., Herausgeber) Abgerufen am 24. März 2025 von Gemeinsame Pressemitteilung von BUND, NABU und LFV Baden-Württemberg: <https://www.bund-bawue.de/service/pressemitteilungen/detail/news/weltwassertag-gewaesserbuendnis-baden-wuerttemberg-sieht-dringenden-hand-lungsbedarf-beim-schutz-der-gewaesser-im-land/>

Regierungspräsidien Baden-Württemberg. (2020). Beendet - Aktive Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für den Zeitraum 2022 bis 2027 nach Europäischer Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). (R. Freiburg, Herausgeber) Abgerufen am 23. März 2025 von <https://www.buergerbeteiligung.de/wasserrahmenrichtlinie-bw/index>

Regierungspräsidien Baden-Württemberg. (2024). Teilbearbeitungsgebiete, Unterseite: Teilbearbeitungsgebiete: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/wrrl/seiten/tbg-karte>; Unterunterseite: TBG 20: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/wrrl/tbg20/>; Unterunterseite: TBG 21: <https://rp.baden-wuerttember.de>. Abgerufen am 25. September 2024 von Europäische Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL): <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/wrrl/>

Regierungspräsidien Baden-Württemberg. (2025). Umsetzungsprozess und Umsetzungsstand. Abgerufen am 26. September 2024 von <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/wrrl/seiten/umsetzungsstand/>

Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg. (14. Dezember 2012). Veröffentlichung der Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen zur Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gemäß § 3e Abs. 3 Wassergesetz (WG) Baden-Württemberg und § 83 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Abgerufen am 30. September 2024 von Vorstellung des Zeitplans und Arbeitsprogramms sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Information und Anhörung der Öffentlichkeit im Rahmen der Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für die baden-württembergischen Bearbeitungsgebiete Alpenrhein/Bodensee,: [https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser\\_und\\_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/\\_DocumentLibraries/Bekanntmachungen/rpt-bekanntm-wrrl-2012-12-14.pdf](https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser_und_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/_DocumentLibraries/Bekanntmachungen/rpt-bekanntm-wrrl-2012-12-14.pdf)

Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen. (Dezember 2020). Bewirtschaftungsplan Aktualisierung 2021 für den baden-württembergischen Anteil der Flussgebietseinheit Rhein ENTWURF. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg; . Abgerufen am 22. März 2025 von [https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3\\_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-3/BWP-3/Entwurf-BWP2021-RheinBW-Dez2020-barrierefrei.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-3/BWP-3/Entwurf-BWP2021-RheinBW-Dez2020-barrierefrei.pdf)

Regierungspräsidium Freiburg – Referat 51. (2015). Bewirtschaftungsplan Hochrhein Aktualisierung 2015 (Baden-Württemberg). Freiburg: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Von [https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3\\_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-2/BWP-2/Bewirtschaftungsplan\\_Bearbeitungsgebiet\\_Hochrhein\\_2015.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-2/BWP-2/Bewirtschaftungsplan_Bearbeitungsgebiet_Hochrhein_2015.pdf) abgerufen

Regierungspräsidium Freiburg. (14. März 2005). Veröffentlichung zur EG- Wasserrahmenrichtlinie. Abgerufen am 30. September 2024 von Vorstellung des Zeitplanes, des Arbeitsprogramms und der wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen für das „Pilotprojekt Öffentlichkeitsbeteiligung“ im Bearbeitungsgebiet Hochrhein gemäß § 3 e Abs. 3 Wassergesetz (WG) Baden-Württemberg: [https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser\\_und\\_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/\\_DocumentLibraries/Bekanntmachungen/rpf-ref51-wrrl-veroeffentlich-eu.pdf](https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser_und_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/_DocumentLibraries/Bekanntmachungen/rpf-ref51-wrrl-veroeffentlich-eu.pdf)

- Regierungspräsidium Freiburg. (Februar 2006). Projektbericht des Regierungspräsidiums Freiburg. Abgerufen am 30. September 2024 von Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie. Vorgezogene aktive Öffentlichkeitsbeteiligung im Bearbeitungsgebiet Hochrhein.: [https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3\\_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-1/Hintergrund-1/wrrl-projektbericht-des-RPFreiburg-oeffentlich.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-1/Hintergrund-1/wrrl-projektbericht-des-RPFreiburg-oeffentlich.pdf)
- Regierungspräsidium Freiburg. (26. November 2009). Bewirtschaftungsplan Hochrhein (Baden-Württemberg). Von gemäß EG-Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) (Endversion): [https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3\\_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-1/BWP-1/Bewirtschaftungsplan\\_Hochrhein\\_26\\_11\\_09.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-1/BWP-1/Bewirtschaftungsplan_Hochrhein_26_11_09.pdf) abgerufen
- Regierungspräsidium Freiburg. (Dezember 2021). Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie Begleitdokumentation Teilbearbeitungsgebiet 20 Wutach. Abgerufen am 27. September 2024 von Hochrhein (BW) ab Eschenzer Horn bis oberh. Aare: [https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser\\_und\\_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/TBG\\_20\\_-\\_Wutach/\\_DocumentLibraries/3BewzyklusTBG20/TBG20\\_Begleitdokumentation.pdf](https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser_und_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/TBG_20_-_Wutach/_DocumentLibraries/3BewzyklusTBG20/TBG20_Begleitdokumentation.pdf)
- Regierungspräsidium Freiburg. (Dezember 2021). Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie Begleitdokumentation Teilbearbeitungsgebiet 21 Wiese. Abgerufen am 27. September 2024 von Hochrhein (BW) unterhalb Aare bis einschl. Wiese: [https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser\\_und\\_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/TBG\\_21\\_-\\_Wiese/\\_DocumentLibraries/3BewzyklusTBG21/TBG21\\_Begleitdokumentation.pdf](https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Themenportal/Wasser_und_Boden/Wasserrahmenrichtlinie/TBG_21_-_Wiese/_DocumentLibraries/3BewzyklusTBG21/TBG21_Begleitdokumentation.pdf)
- Regierungspräsidium Karlsruhe. (01. März 2005). EG-Wasserrahmenrichtlinie Bericht zur Bestandsaufnahme. Von Bearbeitungsgebiet Oberrhein (baden-württembergischer Teil): [https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3\\_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-1/Bestandsaufnahme-2004/Oberrhein/BGOberrhein\\_Bericht-zur-Bestandsaufnahme\\_BW.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Wasser/Rechtsvorschriften/WRRL/Zyklus-1/Bestandsaufnahme-2004/Oberrhein/BGOberrhein_Bericht-zur-Bestandsaufnahme_BW.pdf) abgerufen
- UBA. (2018). Wasserwirtschaft in Deutschland. Grundlagen, Belastungen, Maßnahmen. Dessau-Roßlau: BMU/UBA. doi:ISSN 2363-832X
- UBA. (29. März 2019). Gewässertyp 2016 – kiesgeprägter Strom. Von Die "kiesgeprägten Ströme" der Mittelgebirge und der Voralpen sind der Gewässertyp des Jahres 2016.: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/gewaessertyp-des-jahres/gewaessertyp-2016-kiesgepraegter-strom#kurzbezeichnung> abgerufen
- Uhlendahl, T. (18. Dezember 2023). Dr. (T. Wagner, Interviewer)
- WasserInBürgerhand!, N. (10. Mai 2020). Wasserrahmenrichtlinie: Wo ist der Notausgang aus dem 2027-Dilemma? Abgerufen am 24. März 2025 von BBU-Wasserrundbrief: [https://wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2020/WRRL\\_Notausgang\\_2027.html](https://wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2020/WRRL_Notausgang_2027.html)
- Wassernetz NRW. (18. März 2014). Gewässerschutz in NRW. (B. L. Nordrhein-Westfalen, Herausgeber) Abgerufen am 24. März 2025 von [www.wassernetz-nrw.de](http://www.wassernetz-nrw.de)
- Working Group 2.9 Public Participation. (2003). Common Implementation Strategy for the Water Framework Directive (2000/60/EC). Guidance document n.° 8. Public Participation in relation to the Water Framework Directive. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. doi:ISBN 92-894-5128-9

## **IMPRESSUM**

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net) | V.i.S.d.P.: Anton Nicole

Kontakt: [Theresa.Wagner\[at\]bund.net](mailto:Theresa.Wagner[at]bund.net) | Stand: 04/2025

[www.bund.net](http://www.bund.net)

